
Manfred Hildermeier

Die Russische Revolution

1905 – 1921

Neue Historische Bibliothek

edition suhrkamp

SV

es 1534
edition suhrkamp
Neue Folge Band 534

Neue Historische Bibliothek
Herausgegeben von Hans-Ulrich Wehler

Wenige Vorgänge der jüngeren Geschichte haben die Welt so verändert wie die Russische Revolution, und wenige reichen in ihren Auswirkungen so sehr in die Gegenwart hinein. Nicht nur die Sowjetunion macht diese Kontinuität greifbar. Die Konkurrenz der politischen Blöcke und sozialen Systeme im globalen Maßstab ist ohne die Geburt der ersten Gesellschafts- und Staatsordnung, die sich sozialistisch nannte und Anspruch auf historische Überlegenheit erhob, nicht zu denken. Der rote Oktober 1917 bildete indes nur den vorläufigen Schlußakt einer tiefgreifenden Umwälzung, deren Wurzeln weiter zurückreichen. Zu den Problemen, denen die vorliegende Darstellung besondere Aufmerksamkeit schenkt, gehören der wirtschaftliche und soziale Wandel des Zarenreichs im ausgehenden 19. Jahrhundert, die schwere Krise des alten Regimes 1905/07, der Zusammenhang von Krieg und Revolution, die Gründe für das Scheitern des einzigen demokratischen Regimes der russischen Geschichte sowie die Ursachen und inneren Folgen der Behauptung der Sowjetmacht im Bürgerkrieg.

Manfred Hildermeier ist Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Göttingen.

Manfred Hildermeier
Die Russische Revolution
1905 – 1921

Suhrkamp

edition suhrkamp 1534

Erste Auflage 1989

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1989

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: Books on Demand, Norderstedt

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-11534-3

6 7 8 9 10 11 - 14 13 12 11 10 09

Inhalt

Einleitung	7
------------------	---

I. Voraussetzungen

1. Agrarkrise und Bauernprotest	14
2. Industrialisierung und Arbeiterfrage	24
3. Ursprünge der revolutionären Bewegung	33
4. Staat und Bürokratie	46

II. Die Autokratie in der Krise (1905 – 1907)

1. Der Blutsonntag und seine Folgen	51
2. Oktoberstreik und »Tage der Freiheit«	68
3. Bauernaufstand	81
4. Parlamentarische Opposition	90

III. Konstitutionelle Autokratie (1907 – 1917)

1. Unvollendete Reform	104
2. Die Last des Krieges	115

IV. Demokratische Revolution (Februar-Oktober 1917)

1. Der Februaraufstand	133
2. Doppelherrschaft	147
3. Koalition der Not	164
4. Soziale Revolution	182
5. Nationale Revolution	205
6. Gegenrevolution und Linkswende	219

V. Die Geburt des Sowjetstaates (Oktober 1917 – 1921)

1. Machtergreifung im Namen der Räte	229
2. Machtbehauptung – Die zweite Revolution	245
3. Bürgerkrieg und Kriegskommunismus	264

VI. Revolution und Rückständigkeit 294

Abkürzungen	308
Glossar	309
Anmerkungen	311
Auswahlbibliographie	338

Für Julia

Einleitung*

Wenige Ereignisse haben die neuere Geschichte so nachhaltig verändert wie die Russische Revolution. Wenige haben eine solche Ausstrahlungskraft entfaltet, und wenige reichen in ihren Folgen so tief in die Gegenwart hinein. Der Sturz der zarischen Herrschaft hat nicht nur die russische Geschichte in andere Bahnen gelenkt. Indem er nach dem Scheitern des demokratischen Experiments zwischen Februar und Oktober 1917 in eine zweite Erhebung unter dem Banner des Sozialismus einmündete, hat er darüber hinaus der gesamten Welt ein Signal gegeben. Das neue Regime stellte sich nicht primär in die Tradition der französischen Ideen von 1789 und der angelsächsischen politischen und sozialen Verfassung. Es erhob den Anspruch, die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft mit ihren Gegensätzen hinter sich zu lassen und die erste wirklich freie Ordnung zu schaffen. Wie immer man diese Ordnung bewerten mag, ob als Rückfall hinter die Errungenschaften der »atlantischen« Revolution¹ oder im Marxschen Sinne als entscheidenden Schritt auf dem Wege der Vollendung der menschlichen Zivilisation – unbestreitbar ist, daß sie die Geschichte um eine *neue* Erscheinung ergänzte. Eine Gesellschaft, die dem Pri-

* Die Daten werden bis zur Umstellung am 1.(14.) Februar 1918 nach dem bis dahin in Rußland gültigen Gregorianischen Kalender (= alter Stil, a.St.) angegeben, der im 19. Jahrhundert zwölf, im 20. dreizehn Tage weniger als der Julianische (= neuer Stil, n.St.) anzeigte.

Maße und Gewichte:

1 Desjatine = 1,09 ha 1 Pfund (funt) = 409,5 g 1 Pud = 16,38 kg

Schreibweise und Aussprache

Im Deutschen bekannte Namen und Begriffe (wie z. B. Bolschewiki, Sowjet, Trotzki) werden in der assimilierten Form belassen. Im übrigen folgt die Umschrift des kyrillischen Alphabets den hierzulande üblichen, an die preußische Transskriptionsordnung angelehnten Regeln. Dabei gelten in etwa folgende lautliche Entsprechungen:

š	stimmloses sch (wie: Schaf)	ž	stimmhaftes sch (wie frz. Journal)
č	tsch (wie: Matsch)	šč	schtsch
s	stimmloses s (wie: naß)	z	stimmhaftes s (wie: Käse)
c	z (wie Zahl)	è	kurzes, offenes e (wie: Menge)
y	dumpfes i	'	Erweichung des vorangehenden Konsonanten
v	w (wie Waage)		

vateigentum den Kampf ansagte; eine Wirtschaft, die auf nichtkapitalistischem Wege die technisch-organisatorischen Leistungen der Industrialisierung erreichen wollte; eine staatliche Macht, die auf Parteienvielfalt und Meinungspluralismus verzichtete, weil sie selbst die Interessen der Volksmehrheit in der einzig richtigen Form zu vertreten beanspruchte; und eine Politik, die sich als Vollstreckung historischer Gesetzmäßigkeiten begriff – dies alles hatte es bis dahin höchstens im theoretischen Entwurf und in der Utopie, nicht aber in Wirklichkeit gegeben.

Über den russischen Rahmen hinaus griffen, wie die Folgen, auch die Ursachen des Umsturzes. Ohne die Zerreißprobe des Ersten Weltkriegs ist das Ende des Zarismus sicher nicht zu verstehen. Die Extremsituation brachte die Schwächen der Wirtschaft und staatlichen Verwaltung um so greller ans Licht. Krieg und Revolution gehörten in ähnlicher Weise zusammen wie nachher Revolution und Krieg.

Desgleichen zählte zu den internationalen Aspekten der Umwälzung die Ideologie, die sie speiste. Ohne Übertreibung läßt sich sagen, daß alle Parteien, die wesentlichen Anteil am großen Spiel um die Zukunft Rußlands hatten, ihr theoretisches Rüstzeug in erheblichem Maße aus Westeuropa bezogen. Für die Sozialdemokraten liegt das ebenso auf der Hand wie für die Liberalen, die sich überwiegend an der politischen und sozialökonomischen Verfassung Englands orientierten. Doch auch der wichtigste Konkurrent des Marxismus, der an bodenständige Traditionen anknüpfende Agrarsozialismus, verdankte dem europäischen sozialkritischen Denken mehr als oberflächliche Anleihen. Auch der »russische Sozialismus« und seine Erben waren ohne die in Westeuropa geborenen Utopien von einer besseren Gesellschaft nicht vorstellbar.

Über Rußland hinaus wies schließlich auch ein langfristiger Vorgang: der Aufbruch ins industrielle Zeitalter und die vielgestaltigen sozialen Verwerfungen, die er mit sich brachte. Nicht nur der Anstoß zu dieser kolossalen Anstrengung kam von außen – aus der Erkenntnis, daß andernfalls der Großmachtstatus des Reiches nicht zu sichern war. Der Staat fand auch die Mittel, deren er sich als treibender Kraft bediente, großenteils im Ausland: Kapital, technisch-administrative Fertigkeiten, unternehmerische Initiative und nicht zuletzt das mentale Kostüm, das es Rußland anzupassen galt. Das Zarenreich bewegte sich seit der zweiten Hälfte des 19.

Jahrhunderts bei allen bleibenden Eigenarten abermals mit stürmischem Anlauf auf Europa zu. Aus wohlverstandenen Eigeninteresse verschrieb es sich einem Umbruch, der hohe Anforderungen an seine Integrations- und Konfliktfähigkeit stellte. Die Russische Revolution ist als eines unter anderen denkbaren und möglichen Resultaten des letztlich Unvermögens zu sehen, dem Druck unter der zusätzlichen Last des Krieges standzuhalten. Daß sie aus der wachsenden Verflechtung mit der westlichen Welt erwuchs, machte sie in mancher Hinsicht zu einem ausgelagerten und darum um so bedrohlicheren gesamteuropäischen Ereignis. Da sie zugleich am Rande Europas ausbrach, erschien sie als erstes Beispiel eines eruptiven Wandels, der seinen Antrieb aus der Rückständigkeit, aus der Spannung zu den wirtschaftlich und politisch führenden Staaten und Gesellschaften des Westens bezog. Die Russische Revolution wurde zum Paradigma der sozialen und nationalen Selbstbefreiung der Dritten Welt. Gerade in diesem Sinne steht ihr das Prädikat eines Ereignisses von globaler Bedeutung zu.

Freilich darf die These von der äußeren Einwirkung nicht mißverstanden werden. Die zarische Regierung ergriff die Initiative, um die Früchte der westlichen Zivilisation nach Rußland zu bringen, und nahm die Risiken dieses Unternehmens in Kauf. Schon deshalb wird die Frage nach den Ursachen der Revolution, ungeachtet ihrer Einbettung in den Problemkreis »Rußland und Europa«, auf die Geschichte des Zarenreiches zurückverwiesen. Vieles gerät dabei in den Blick, das die lebhafteste Diskussion von den Zeitgenossen bis zur gegenwärtigen Geschichtsschreibung geprägt hat. Die wichtigsten Aspekte seien im Vorgriff als Skizze der Leitfragen und Deutungskonzepte, an denen sich die folgende Darstellung orientieren wird, genannt:

Zur unbestrittenen Erkenntnis gehört, daß, erstens, die Revolution als Gesamterscheinung von der Strukturkrise nicht zu trennen ist, die der agrarische Bereich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchlief. Die Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1861 brachte nicht nur ein zusätzliches Moment der Unruhe ins Dorf. Sie beließ auch Verhältnisse, die dem Produktivitätsfortschritt im Wege standen und dem zunehmenden Bevölkerungsdruck kein ausreichendes Ventil schufen. Das Vorspiel der Jahre zwischen 1905 und 1907 und das Drama von 1917 gründeten ihre Wirkung zu einem erheblichen Teil auf die Gewalt des bäuerlichen Protests, auch wenn dieser anfangs nur als drohender Schatten

präsent war. Die bloße Überzahl erhob das Dorf – nach seiner Öffnung zur Außenwelt und seinem Eintritt in die Politik – zu einer Macht, ohne deren Hilfe oder Duldung sich kein Regime behaupten konnte.

Freilich gilt auch, daß die Empörung der Bauern kaum ausgereicht hätte, um die zarische Herrschaft mit allem, was sie trug und symbolisierte, zu Fall zu bringen. Was gut drei Jahrhunderte überstanden hatte, brach nicht durch den Loyalitätssentzug nur einer Untertanenschicht zusammen.

Eine weitere große Gefahr ging, zweitens, von der Entstehung der Arbeiterschaft aus. Gewiß blieb diese noch lange eine Insel im Meer der bäuerlichen Bevölkerung. Auch am Vorabend der Revolution hatte der *mužik* wenig von seiner Repräsentativität verloren. Dennoch kam der städtisch-industriellen Unterschicht wachsendes Gewicht zu. Besser informiert, bald höher gebildet, aufgrund der Zusammenballung leichter organisierbar und näher am Puls des politischen Geschehens, beschleunigte sie den Prozeß der sozialen Gärung im ausgehenden Zarenreich maßgeblich. Die Arbeiterschaft war ein Fremdkörper in der traditionellen Agrargesellschaft und ein Symbol der heraufziehenden industriellen Ordnung.

Ebenfalls als Produkt der neuen Zeit konnte, drittens, diejenige Schicht gelten, die den umfassenden Wandel von Staat und Gesellschaft ins öffentliche Bewußtsein hob und soziale wie politische Forderungen daraus ableitete: die Intelligenz. Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß ihr unter den russischen Bedingungen eine besonders prominente Rolle im Modernisierungsprozeß zufiel. Ausgestattet mit konkurrenzloser Einsichts- und Ausdrucksfähigkeit, zog sie die Debatte über Rußlands Zukunft weitgehend an sich. Die Intelligenz nahm prägenden Einfluß sowohl auf die Zielbestimmung als auch auf die Kritik des Fortschritts und wirkte da, wo sie genügend Spielraum besaß, an seiner praktischen Ausgestaltung mit. Großenteils wurde sie dabei von einem Staat, der überängstlich an seinem Entscheidungsmonopol festhielt, in die Opposition gedrängt. Bei aller ideologischen Verschiedenheit fand sie sich in der Vorstellung zusammen, daß die zarische Herrschaft in der tradierten Form nicht Teil der russischen Zukunft sein könne. Die Intelligenz wurde zum schärfsten Kritiker und, soweit sie die unzufriedenen Unterschichten in Stadt und Land um sich scharte, zum gefährlichsten Gegner der »Selbstherrschaft«, der

Autokratie. In dieser Rolle ersetzte sie in gewissem Maße das moderne Bürgertum, das im Zarenreich spät entstand und sich erst nach der Revolution von 1905 aus der politischen Vormundschaft des Staates zu befreien vermochte.

Von selbst versteht sich, daß die genannten Auflösungserscheinungen nur in dem Maße an Boden gewinnen konnten, wie, viertens, die Staatsgewalt dies zuließ. Lange Zeit galt außerhalb des sowjetischen Einflußbereichs die These, daß die Autokratie auf dem besten Wege zu wirtschaftlicher Gesundung und politischer Stabilisierung im Zeichen des Konstitutionalismus gewesen sei, als der Erste Weltkrieg die hoffnungsvolle Entwicklung abrupt abbrach. Danach setzte sich eine eher skeptische Sicht durch, die ihr wenig Überlebenschancen einräumte. Sie unterstellte als gesichert, was in der retrospektiven Redeweise vom Ancien régime zum geläufigen Begriff geworden ist: daß es so kommen mußte, wie es kam. Inzwischen hat sich wieder mehr Vorsicht ausgebreitet, ohne daß zwingende Evidenz für eine Rückkehr zur »optimistischen« Sehweise vorgelegt worden wäre. In jedem Fall wird man die Reform- und Evolutionsfähigkeit der Autokratie genau prüfen müssen – eine Vergewisserung, die im Einklang stünde mit bedenkenswerten Vorschlägen neuerer Theorien, die Anpassungsfähigkeit und Solidität der staatlichen Gewalt (einschließlich der Armee), nicht die Stärke der Herausforderer und destabilisierender Prozesse als eigentliche Schlüsselvariable zur Erklärung von Revolutionen zu betrachten.²

Mithin kamen verschiedene Strukturprobleme, -mängel und Fehlleistungen des Regimes zusammen, um sich zur existenzgefährdenden Bedrohung aufzutürmen. Vieles spricht dafür, in der gleichzeitigen Krise der alten *und* der neuen Ordnung, der Agonie der traditionellen Agrargesellschaft *und* den Geburtswehen der Industriegesellschaft, die Wurzel des Übels zu sehen, das die Grundfesten der Autokratie zerfraß. Der doppelte Wandel lieferte den Ruf nach Freiheit, Demokratie und einer gerechteren Gesamtordnung reichlich Argumente und förderte jene geistige Verunsicherung, die sich als Vertrauensentzug breiter Schichten der Untertanen niederschlug. Zugleich trug er maßgeblich dazu bei, das Kontroll- und Zwangspotential des Staates zu schwächen. Bis zu einem gewissen Grade arbeitete er dem Kriege vor, dessen Wirkung allerdings besonders in dieser Hinsicht aus der Vorgesichte und der Revolution selbst nicht wegzudenken ist: Die

schlichte Auszehrung der staatlichen Macht im Innern war eine unentbehrliche Voraussetzung sowohl für den Februar- als auch für den Oktoberaufstand und beider Folgen.

Solch eine Bündelung von Erosionsprozessen hilft verstehen, daß der Untergang des Zarenreiches über allen Meinungsstreit hinweg als grundlegende Wende der russischen Geschichte begriffen worden ist. Die Erhebungen vom Februar und Oktober 1917 bewirkten mehr als einen bloßen Regierungswechsel und auch mehr als eine Änderung der politischen Verfassung. Sie installierten keine neue Elite in der Matrix oder in einem erneuerten Segment der alten Ordnung. In der Summe liefen sie auf eine tiefgreifende Umwälzung aller Bereiche hinaus, die eine Gesellschaft (im breiten soziologischen Sinne) begründen: des Herrschafts-, Sozial- und Wirtschaftsgefüges sowie großenteils auch des kulturellen Lebens. Die russischen Konvulsionen der Jahre von 1917 bis 1920 erfüllten fraglos den Begriff der Revolution in einem engen und umfassenden Sinne zugleich, wie er nur noch auf wenige andere eruptive Neuerungs- und Übergangsprozesse der neuzeitlichen Geschichte zutrifft.³

Auf der anderen Seite wäre es verfehlt, die Kontinuitäten zu übersehen, die das neue Rußland mit dem alten weiterhin verbanden. Wer das Sowjetregime nach dem Ende der ersten Aufbauphase zu Beginn der dreißiger Jahre betrachtete, konnte die Gemeinsamkeiten mit Händen greifen. Die praktizierte politische Verfassung war anders und doch verwandt. Der wirtschaftliche Fortschritt wurde mit anderen Mitteln und neuem Einsatz vorangetrieben, aber das Ziel blieb im Kern dasselbe. Es zeigte sich, daß der neue Staat sich alter Aufgaben annahm und seine Machtstruktur daran anpaßte. Die Frage nach den Gründen für solche Wahlverwandtschaft zielt auf das Wesen der russischen Revolution insgesamt.

Die folgende gedrängte Darstellung kann nicht mit faktischer Originalität aufwarten. Sie möchte unter den genannten leitenden Gesichtspunkten in die ebenso schwierige wie spannende und bedeutsame Geschichte der russischen Revolution einführen. Im wesentlichen orientiert sie sich dabei an der neueren Forschungsliteratur. Aus Gründen des Umfangs kann sie auf den reichen Bestand der gedruckten Quellen nur im Ausnahmefall zurückgreifen. Ihre Absicht ist weder eine Summe noch eine Bilanz, sondern eine Synthese, die auf eigene Akzente nicht verzichtet, auch wenn

deren Begründung nicht immer ausgebreitet werden kann. Dem Sachkenner wird nicht entgehen, daß sie der Sehweise viel verdankt, die Dietrich Geyer vor zwanzig Jahren zum ersten Mal zusammengefaßt hat und seitdem durch zahlreiche Einzeluntersuchungen bestätigt worden ist. Insofern hat der Verfasser Anlaß, ihm gerade an dieser Stelle für manche Anregung zu danken. Der Band wäre im normalen Universitätsbetrieb ohne einen, wenn auch kurzen, lehr- und verwaltungsfreien Aufenthalt am Russian Research Center der Harvard University nicht zustande gekommen. Noch weniger allerdings ohne die Hilfe der Mitarbeiter im Göttinger Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte. Ihnen sei für klaglose Mühen und vielfältige Mitwirkung Anerkennung ausgesprochen. Der gleiche Dank gilt schließlich einmal mehr Dietrich Beyrau, dessen kenntnisreiche Kritik auch diesem Manuskript hoffentlich zugute gekommen ist.

Göttingen, im Februar 1988

Manfred Hildermeier

I. Voraussetzungen

1. Agrarkrise und Bauernprotest

Die längerfristigen sozialen und wirtschaftlichen Ursachen der Revolution reichen zumindest bis zur letzten umfassenden Anstrengung zurück, der notorischen Rückständigkeit des Zarenreiches Herr zu werden: zu den Reformen der sechziger Jahre. Als sich Alexander II. (1855–1881) unter dem Zwang des verlorenen Krimkrieges (1854–1856) entschloß, das längst Überfällige zu tun, bewies er einerseits Weitsicht und Mut. Er folgte den Argumenten seiner Ratgeber, daß Rußland sich abermals, wie schon unter Peter dem Großen zu Beginn des 18. Jahrhunderts, vom Ballast eines versteinerten Sozialgefüges befreien müsse, wenn es die Chance wahren wolle, seinen Status als europäische Ordnungsmacht zurückzugewinnen. Die Einsicht verlangte Tribut, daß die Leibeigenschaft, die Säule der Adelherrschaft, der Kern des Übels war: weil sie die Mobilität und wirtschaftliche Leistungskraft der Bauern lähmte, weil sie die Grundbesitzer zu Trägheit und bloßem Rentenverzehr verleitete, weil sie die Landwirtschaft in Fesseln schlug und ihr die Möglichkeit entzog, Handel, Gewerbe und Industrie über Entwicklungsknoten hinwegzuhelfen. Auch wenn militärischen Überlegungen womöglich noch größeres Gewicht zukam¹, waren ökonomische von Anfang an im Spiele. Vom Ende der Leibeigenschaft erwartete man, was die säkularen Maßnahmen als Zielvision überwölbte: neue Lebenskraft und neuen Schwung für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft allgemein.

Andererseits achteten die federführenden Kommissionen und Ministerien von Anfang an darauf, Vorsorge gegen einen allzu tiefen Bruch zu treffen. Nicht nur im Interesse des Adels, den wirtschaftliche Existenzangst und die Furcht vor bäuerlichem Aufruhr quälten, bemühten sie sich, den anvisierten Wandel zu dosieren. Auch um der guten Ordnung im Staate willen wollten sie keine überhastete Landflucht, die in den wenigen aufstrebenden Städten ohnehin nur das Heer der Unterbeschäftigten und Arbeitslosen vermehrt hätte. Man wollte die Bauern nicht in die Ellenbogenfreiheit der Marktgesetze entlassen, die außer dem Recht auf ungehinderte wirtschaftliche Entfaltung auch das Risiko

der völligen Verarmung und Obdachlosigkeit bereithielt. Gerade die konsequenten Reformer vom (in Rußland) neuen Typ des Fachbeamten verloren die politische und soziale Stabilität nicht aus dem Blick. Gerade sie waren bestrebt, die Kräfte, die sie riefen, auch im Zaume zu halten. Nur wollten sie dies mit anderen Mitteln erreichen als der um Besitz und Vermögen bangende konservative Adel: durch die Schaffung lebensfähiger, ausreichend mit Land versorgter Bauernstellen.

Das Befreiungsstatut vom 19. Februar 1861 zeigte, daß dieses Bemühen um kontrollierten sozialen Wandel dem notwendigen Kompromiß nicht zum Opfer fiel. In mancher Hinsicht ergänzten die Vorsichtsmaßregeln beider Parteien einander so sehr, daß man der Reform ganz und gar abgesprochen hat, den wirtschaftlichen Pulsschlag des Zarenreiches beschleunigt zu haben.²

Diese Kritik konnte sich insbesondere auf folgende Bestimmungen stützen.

Erstens: Die russischen Bauern wurden in ihrer großen Mehrheit mit Land ausgestattet. Neben Haus und Hof erkannte ihnen das Gesetz einen Teil des vorher genutzten Landes zu, den sie allerdings kaufen (ablösen) mußten. Es sicherte ihnen damit zunächst ein Existenzminimum, wie schmal dies auch immer sein mochte.

Zweitens: Verhandlungs- und Vertragspartner des Adels beim schwierigen Geschäft, die bäuerliche von der gutsherrlichen Wirtschaft zu separieren, war nicht der einzelne Bauer, sondern die Dorfgemeinde als ganze. Die Reformer stärkten diese überkommene Institution bewußt. Vielfach slavophilen Anschauungen anhängend, die den *mir* (auch: *obščina*) zur urtümlichen Kraftquelle der russischen Zivilisation überhöhten, sahen sie in ihr den eigentlichen Garanten für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Stabilität unter den neuen Verhältnissen. Sie übertrugen ihr nicht nur die polizeilichen, administrativen und jurisdiktionellen Befugnisse, die zuvor der Grundherr wahrgenommen hatte, sondern auch die bäuerlichen Rechte und Pflichten bei der praktischen Umsetzung des Befreiungsstatuts. Die Dorfgemeinde als ganze haftete für die Zahlung der Ablösegeelder und der staatlichen Steuern. Sie verfügte über das Land und teilte es nach alten Verfahrensregeln zu. Sie stellte Pässe für saisonale Arbeit oder sonstige Geschäfte in der Fremde aus und sprach das entscheidende Wort, wenn eines ihrer Mitglieder das von ihm genutzte Land als persön-

liches Eigentum abtrennen oder auf immer in die Stadt übersiedeln wollte. Persönlich war der Bauer seit 1861 zwar frei, aber er blieb an die Dorfgemeinde gebunden. Nicht zuletzt dies war eine Lehre, welche die Reformer aus den Erfahrungen Westeuropas zogen, um städtischem Massenelend, Entwurzelung und sozialer Unruhe vorzubeugen.

Drittens: Die Entflechtung von bäuerlicher und grundherrlicher Wirtschaft fand langsam statt. Zwar wurden die Regulierungsurkunden (über Ausmaß, Lage und Preis des bäuerlichen Landes) unter staatlicher Aufsicht überwiegend noch in den sechziger Jahren erstellt. Aber die Ablösung selbst kam nur zögernd voran. Den Bauern wurde ein so hoher Preis abverlangt, daß viele kein Interesse am Kauf hatten. Die Regierung sah sich schließlich genötigt, den bis dahin gültigen Grundsatz der Freiwilligkeit aufzuheben und den Abschluß von Ablösungsvereinbarungen mit Wirkung vom Jahresbeginn 1883 zwingend vorzuschreiben. Zu diesem Zeitpunkt, immerhin gut zwanzig Jahre nach der Reform, hatten erst 74,9% aller Bauern diesen Schritt gewagt.³ Da sie bis zum Abschluß der Verträge weiterhin Zins- und Fronleistungen, wenn auch in vermindertem Umfang, zu erbringen hatten, blieb vielerorts geraume Zeit im Kern alles beim alten.

Seit der zeitgenössischen Diskussion galt als ausgemacht, daß der Effekt der Aufhebung der Leibeigenschaft hinter den Erwartungen zurückblieb. Das Los der Bauern wandte sich nicht sichtbar zum Besseren. Im Regelfall warfen ihre Wirtschaften keine Erträge ab, die über die Selbstversorgung hinaus zu Marktverkäufen im erhofften Umfang ausgereicht hätten. Auch weiterhin verfügten sie nicht über die Mittel, um mit durchschlagendem Erfolg in die Verbesserung des Bodens, in Gerätschaften und neue Anbaumethoden investieren zu können. Beobachter machten im Gegenteil neue besorgniserregende Krisenzeichen aus. Nach Mißernten kam es im Winter 1891/92 zu einer verheerenden Hungersnot⁴, die nicht nur von Regimegegnern als Resultat völliger Erschöpfung gedeutet wurde: Unter der Last hoher Ablösungszahlungen, von einem Staat zum Verkauf der letzten Vorräte gezwungen, der den industriellen Aufbau nicht zuletzt durch steigende Steuern und Getreideausfuhren (»Hungerexport«) zu finanzieren suchte, schienen die Bauern ihre Kräfte restlos verausgabt zu haben.

Zu diesem Bild paßte der Befund, daß die Bevölkerung des Rei-

ches in der zweiten Jahrhunderthälfte sprunghaft zunahm: im europäischen Kernland von 61 Millionen (1864) auf 122 Millionen (1913). Überwiegend fand diese Entwicklung auf dem Dorf statt. Von Stadt und Industrie ging, auch wenn sich der Anteil der Stadtbewohner wesentlich erhöhte, nur eine geringe Sogwirkung aus. Die Umsiedlung nach Sibirien und in andere bevölkerungsarme Gebiete kam zu langsam voran, als daß sie Abhilfe hätte bringen können. Im Ergebnis hatte diesseits des Ural eine kaum erweiterte Anbaufläche eine rasch wachsende Zahl von Menschen zu ernähren. Der Bevölkerungsüberschuß fand kein Ventil und begründete einen schwer zu sprengenden Zirkel: Auf dem Dorfe verschärfte sich die Landnot, die ihrerseits den Übergang zu besseren Anbaumethoden verhinderte und die bäuerliche Konsumkraft in engen Grenzen hielt; die Einschnürung des Agrarmarktes wiederum bremste die Entfaltung der Industrie, die deshalb den demographischen Druck kaum mindern konnte. Bei unveränderten Rahmenbedingungen war die Explosion vorprogrammiert, die nicht nur eine soziale sein würde. Ökonomische Analyse und politische Prognose kamen hier zusammen.⁵

Dieses Szenario ist indes nicht unbestritten geblieben. Die sowjetische Forschung hat es ohnehin nicht akzeptieren können. Wohl räumt auch sie die Unvollkommenheit der Agrarreform und das Fortleben »feudaler Überreste« ein. Insgesamt aber wertet sie die Entwicklung positiver, weil der 1861 eingepflanzte Same des »Kapitalismus« auf lange Sicht doch Keime getrieben habe. Die von ihr ebenfalls behauptete Krise ist im Grundsatz eine andere: eine, die aus den Widersprüchen der neuen Produktionsweise erwuchs. Aber auch in der jüngeren westlichen Forschung sind Zweifel geäußert worden, ob die Gleichung von ökonomischer Regression, demographischem Druck und sozialer Erschütterung aufgeht. Man hat nicht nur eine positivere Gesamtbilanz des agrarischen Sektors (unter Einschluß der adeligen Großbetriebe) in der Entwicklung der Volkswirtschaft bis zum Ersten Weltkrieg gezogen. Auch auf den bäuerlichen Höfen hat eine genauere Prüfung der Daten Indizien für günstigere Zustände erbracht als bisher angenommen. Bis zur Jahrhundertwende waren Ertragssteigerungen von einem Drittel und mehr zu verzeichnen. Sie betrafen vor allem Kartoffeln und Gemüse sowie Spezialkulturen wie Flachs und Zuckerrüben, in geringerem Maße auch Getreide. Man hat davor gewarnt, die bäuerliche Landwirtschaft als Getreide-

demonokultur zu betrachten, und in vielen Bereichen eine beachtliche Flexibilität gerade der Kleinbetriebe festgestellt. Die Hungersnot erscheint in dieser Sicht nicht als Ergebnis von Leistungsschwäche und staatlicher Abschöpfung, sondern überwiegend als Folge einer nicht steuerbaren Naturkatastrophe. Ein fiskalisch begründeter, merklicher Rückgang des bäuerlichen Konsums läßt sich nicht belegen. Deutlicher als zuvor treten regionale Unterschiede ins Licht, die verallgemeinernde Aussagen weiter erschweren. In vieler Hinsicht zieht dieser Perspektivenwechsel weitere Konsequenzen aus der Wiederentdeckung der »neopopulistischen« Agrartheorie, die der am Rande des Marktes produzierenden Familienwirtschaft eine besondere Zählebigkeit zuschrieb und in ihr die eigentliche Kernzelle des bäuerlichen Rußland sah.⁶

Einwände lassen sich auch gegen das demographische Argument erheben. Die sowjetische Forschung hat seit längerem auf die Bedeutung von Kauf und Pacht als Möglichkeiten für die Bauern hingewiesen, den Mangel an Land auszugleichen. Zweifellos fand auf diesem Wege eine Ausdehnung der bäuerlichen Wirtschaft zu Lasten der gutsherrlichen Eigenwirtschaft statt. Um 1905 hatten die Bauern etwa ein Viertel des von ihnen bearbeiteten Bodens gepachtet; das entsprach einem Anteil von 32% des gutsherrlichen Landbesitzes. Hinzu kam der Landkauf, zu dessen Förderung 1883 eigens eine Bauernbank gegründet wurde. Zwischen 1877 und 1905 vergrößerten Bauern und bäuerliche Kosaken (in der südöstlichen Steppe) ihren Anteil an der gesamten nichtstaatlichen landwirtschaftlichen Nutzfläche von 58,5% auf 67,9%. Im selben Zeitraum sank der entsprechende Adelsbesitz von 34,7% auf 22,1%. Zwar kam in diesen Jahrzehnten auch Neuland unter den Pflug. Überwiegend aber resultierte die Verschiebung aus Verkäufen des Adels an die Bauern, wobei in der Regel die *obščiny* und keine Einzelpersonen als Erwerber auftraten. Der Landbesitz betuchter Bürger (der »Kaufleute« als ständischer Kategorie) blieb bis zuletzt eine irrelevante Größe. Rechnet man das Pachtland hinzu, so dürfte der bäuerlich genutzte Boden weit mehr als zwei Drittel der gesamten nichtstaatlichen Acker- und Weidefläche erreicht haben.⁷

Der weiteren Forschung muß überlassen bleiben, welche der »Geschichten« den tatsächlichen Zuständen am ehesten gerecht wird. Womöglich schließen beide einander nicht völlig aus. Einer dezidiert »revisionistischen« Sicht wird es aber so lange an Über-

zeugungskraft mangeln, wie sie nicht plausibel machen kann, warum fast alle zeitgenössischen Fachleute in und außerhalb der Regierung die Landwirtschaft weiterhin als größten Hemmschuh auf dem Wege zu einer besseren Zukunft des Reiches betrachteten. Desgleichen muß sie den retrospektiven Einwänden begegnen, die sich aus der Vehemenz des bäuerlichen Zorns 1905 und 1917 und den bleibenden, nachrevolutionären Spannungen ergeben.⁸ Auch wenn man eine Neigung einräumt, im Rückblick die Unlösbarkeit der Probleme zu überzeichnen, bleiben wichtige Argumente der alten Sehweise unberührt. Zu nennen sind insbesondere folgende, die einen Zusammenhang von Agrarkrise und Protestbereitschaft herstellen und erklären helfen.

Erstens: Die Bauern hatten durchaus objektive Gründe, sich betrogen zu fühlen. Der Befund steht außer Zweifel, daß sie als Verlierer aus der Bodenentflechtung hervorgingen. Allen vorliegenden Berechnungen zufolge mußten die ehemaligen Leibeigenen eine Verringerung der Wald- und Ackerfläche hinnehmen, die sie zuvor hatten nutzen können. Im Großraum um Moskau und im zentralen Landwirtschaftsgürtel zwischen den Gouvernements Poltava und Tambov entsprachen die »abgeschnittenen Stücke« (*otrezki*), von denen die revolutionäre Propaganda später viel Aufhebens machte, etwa 15 bis 20%, an der mittleren Wolga 30 bis 40% und mehr. Eine Erhebung von 1877 führte den Statistikern vor Augen, daß 65,3% aller (männlichen) »Seelen« weniger als fünf und weitere 28,9% fünf bis zehn Desjatinen Land bearbeiten. Im Durchschnitt verfügte jeder Hof eines ehemaligen Leibeigenen in diesem Jahr über 8,9 Desjatinen und jeder bäuerliche Hof – unter Einschluß der besser gestellten ehemaligen Staatsbauern – über zwölf Desjatinen. Infolge des Bevölkerungswachstums verringerte sich diese Fläche bei den ehemaligen Leibeigenen bis 1905 auf 6,7 Desjatinen und 9,5 Desjatinen insgesamt.⁹ Wenn man bedenkt, daß fünf Desjatinen als Subsistenzminimum galten, und die hohen Ablösezahlungen und Steuern berücksichtigt, dann scheint der Schluß geboten, daß die Reform in der Tat keine Grundlage schuf, auf der die bäuerliche Wirtschaft wirklich hätte gedeihen können.

Vor allem die Pacht mochte helfen, wenn auch ebenfalls nur mit Einschränkungen. Die Bauern zahlten vielerorts (besonders im zentralen Schwarzerdgebiet) mit unentgeltlicher Arbeit im gutherrlichen Betrieb. Faktisch bestand in Gestalt dieser »Abarbeit«